



Im Westen viel Neues: links die alte Turmrüine der Gedächtniskirche, völlig eingerüstet, rechts das Bikini-Haus hinterm Bauzaun, und mittendrin das Zoofenster im Endspurt.

Berlins City West erfindet sich neu

Neben der Gedächtniskirche wächst ein neues Wahrzeichen

Die Gegend rund um Zoo, Gedächtniskirche, Kurfürstendamm, Tauentzien und KaDeWe war einmal das Schaufenster des Westens. Und dann kam der Tag, an dem die Mauer fiel.

Über Nacht zogen die alten Zentren in der neuen Mitte die Milliarden der Investoren an: Die Friedrichstraße erlebte ihre Wiedergeburt, der Potsdamer Platz erhob sich aus Ruinen.

West-Berlin war nicht länger sexy. Nach zwanzig Jahren geht nun ein Weckruf durch die Hauptstadt: Die City West ist wieder da! 118 Meter reckt sich das Zoofenster des Frankfurter Architekten Christoph Mäckler in die Berliner Luft.

Die 32 Stockwerke des Hochhauses werden ein Einkaufszentrum und das Waldorf-Astoria beherbergen, ein Luxushotel der Waldorf=Astoria Collection, der Nobelmarke von Hilton Worldwide. Das Fünf-Sterne-Hotel eröffnet im Mai 2011.

Viel versprochen, wenig gehalten

Kritische Fragen an die schwarz-gelbe Regierung – Ab Blatt 5

Die Hauptstadt vor einem spannenden Duell

Die Abgeordnetenhauswahl wird für Berlins SPD zur Zitterpartie – Ab Blatt 13

DER 101. HAUPTSTADTBRIEF

- 3 Editorial des Verlegers
 - 4 Kommentar des Chefredakteurs
 - 5 Unerfüllte Versprechungen – wie lange noch?
 - 10 Was Zahlen sagen können ...
 - 11 Die neuesten Umfrage-Werte (forsa):
Auf und ab, ab und auf
 - 13 Berlin-Wahl im September 2011: Künast contra Wowereit
Zur Zeit hat die SPD die Nase vorn
 - 16 Wiederauferstehung der Antike als Puzzle
Berlin zeigt „Die Geretteten Götter aus dem Palast von Tell Halaf“ –
das Ergebnis einer neunjährigen Rekonstruktionsarbeit
 - 20 3-D auf der Berlinale – und die Kanzlerin mit dabei
 - 21 Fluglärm – das große Angst-Thema
im Süden von Berlin und im Umland
Nur: Den lautlosen Flugverkehr gibt es leider nicht
 - 25 Brandenburger SPD gingen drei von fünf Ministern verloren
Darunter auch Platzeck-Freund Rainer Speer
 - 28 Auf Wiedersehen Berlin, und tschüss Wald!
-

IMPRESSUM

Verleger: Detlef Prinz

Herausgeber und Chefredakteur: Bruno Waltert

Titelbild: Robert Boehler

Satz und Bildbearbeitung: Manuel Schwartz, Mike Zastrow

Verlag: HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH

Tempelhofer Ufer 23-24, 10963 Berlin

Telefon 030 - 21 50 54 00, Fax 030 - 21 50 54 47

info@derhauptstadtbrief.de www.derhauptstadtbrief.de

Druck: MOTIV OFFSET, Berlin

Redaktionsschluss: 14. Februar 2011

Wiedergabe von Beiträgen aus dem HAUPTSTADTBRIEF, auch auszugsweise,
nur nach schriftlicher Genehmigung der Redaktion – und stets mit der Quellenangabe:
© DER HAUPTSTADTBRIEF. Für unverlangte Zusendungen keine Haftung.



Detlef Prinz
Verleger

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Mit der Reife wird man immer jünger,
so Hermann Hesse.

Dies soll auch für den HAUPTSTADTBRIEF gelten. Im neuen Jahr 2011 erscheint er in leicht veränderter Form. Denn wir wollen nicht nur reifer und jünger sein, sondern auch schneller.

Dies allerdings ohne irgendwo im Blatt die Gründlichkeit und Solidität unserer Publikation zu verlieren. Auch werden wir weiterhin klare Worte finden. Und pointiert kommentieren.

Kurz: Im zweiten Jahrzehnt seines Bestehens wird der HAUPTSTADTBRIEF seine Leserschaft publizistisch ebenso verlässlich durch Politik und Kultur begleiten wie bisher – mit dem Schwerpunkt Berlin selbstverständlich.

Wichtig für Sie: Der HAUPTSTADTBRIEF wird ab sofort auch online vertreten sein, und zwar aktuell also auch in der Zeit zwischen dem Erscheinen der Printausgaben.

Schließlich: Die Herausgeberschaft ging zum Jahresbeginn 2011 von meiner Person auf den Mitbegründer des HAUPTSTADTBRIEF, dessen langjährigen Chefredakteur Bruno Waltert, über.

Ich wünsche Ihnen ein gutes 2011.

Ihr Detlef Prinz



Bruno Waltert, der Autor dieses **Kommentars**, ist Chefredakteur des HAUPTSTADTBRIEF seit dessen Gründung. Im Nahen und Mittleren Osten kennt er sich detailliert aus.

Von heute auf morgen ...

Was veranlasste Husni Mubarak, den blutbefleckten Diktator Ägyptens seit 30 Jahren, am 11. Februar unvermittelt aufzugeben? Obwohl er doch noch in der Nacht zuvor versucht hatte, sein System durch eine Fernsehrede zu zementieren.

Die Antwort: Die unverkennbare Wut über den Inhalt der nächtlichen Rede bei denen, die 18 Tage und Nächte lang (friedlich!) protestiert hatten, ließ in der militärischen Führung des Landes jene zur Mehrheit werden, die Mubarak nicht länger stützen wollten.

Wohl durchaus mit gezielter „Nachhilfe“ aus USA. Dort kennt man die meisten führenden ägyptischen Offiziere gut – wurden sie doch fast alle in den Staaten ausgebildet. Und zudem mit Dollarmilliarden „gefüttert“. Mit denen sie nun auch künftig rechnen können. Problemfigur Hillary Clinton konnte und kann an alledem nichts ändern.

Ein Festhalten der Militärs an Mubarak hätte wahrscheinlich bedeutet, dass er ihnen harte (und blutige) Aktionen befohlen hätte. Darüber aber wäre die ägyptische Wehrpflichtigen(!)-Armee mit hoher Wahrscheinlichkeit zerbrochen. Und die spektakulären (!) Privilegien, die die Offiziere genießen, wären dann verlorengegangen. So lange man jedoch – wie jetzt – im Staat zunächst mal das Sagen hat, sind die immerhin sicher.

Und ebenso die wirtschaftliche Dominanz des Militärs, dem in Ägypten der größte Teil der gewinnträchtigen Wirtschaft gehört – die Bäderwelt eingeschlossen.

Bleibt zu hoffen, dass die Offiziere ob ihrer Privilegien nicht vergessen, dass sie den Demonstranten Demokratie versprochen. Dazu gehörte auch die Demontage des nach Millionen zählenden Mubarak-Apparats, der ja erst mal fortbesteht – eine Riesenaufgabe.

Jedenfalls: Als Mubarak nach seiner nächtlichen Durchhalte-Rede feststellen musste, dass eine Mehrheit der Offiziere nicht mehr auf seiner Seite stand, gab er auf – von heute auf morgen. Ihm blieb nichts anderes.

Im übrigen: Was im bevölkerungsreichsten Land des Orient, in Ägypten, jetzt geschah, wird in anderen Ländern der Region schnell radikale Änderungen von oben her erzwingen – oder dort Nachahmung finden.



Autor des folgenden Beitrags ist **Prof. Dr. Dr. h.c. Brun-Hagen Hennerkes**, Jurist, Autor zahlreicher wissenschaftlicher Veröffentlichungen und speziell führender Experte im Bereich Familienunternehmen. Zugleich ist er Vorstand der **Stiftung Familienunternehmen**, die auf seine Anregung hin im Jahr 2002 gegründet wurde.

Unerfüllte Versprechungen – wie lange noch?

Von PROF. BRUN-HAGEN HENNERKES

Das neue Jahr hat begonnen: Zeit für einen Rückblick auf die Arbeit der schwarz-gelben Koalitionsregierung in Berlin. Deren Start war – zugegeben – wegen der weltweiten Wirtschaftskrise und ihren Folgen äußerst schwierig. Kein Vernunftbegabter kann das bestreiten. Aber wahr ist auch: Aus vielerlei Gründen hat Deutschland die Probleme schnell überwunden. Dem Land geht es wieder gut, teilweise sogar besser als zuvor.

Da drängt sich die Frage auf: Wann werden die vollmundigen Versprechen aus Wahlkampf und Koalitionsvertrag endlich angepackt? Gerade jene, die den Familienunternehmen gegeben wurden, die mit gut 90 Prozent aller Unternehmen der entscheidende Unternehmenstyp in Deutschland sind!

I. „Mehr Netto vom Brutto“:

Zentrales Wahlversprechen von CDU, CSU und FDP für die Bundestagswahl 2009 war die Senkung der Steuern. Das Wort „Steuersenkung“ war ein Kernbegriff des Wahlkampfes aller drei Koalitionsparteien. Letztlich wurde eine lineare Senkung der Einkommensteuerbelastung durch Absenkung des Steuertarifs versprochen, weil diese als dringend erforderlich zur Stärkung des Wachstums angesehen wurde.

Ausdrücklich heißt es im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP, dass die Bürger die Höhe der Steuer- und Abgabenlast in Deutschland „als demotivierend“ empfinden würden. Der Koalitionsvertrag enthält deshalb die Verabredung, dass „wir sofort damit beginnen,“ – so heißt es in seinem ersten Kapitel – „die Steuern zu senken“.



Von überzeugenden und glaubwürdigen Anstrengungen der Koalitionsparteien, ihr bindendes Versprechen („mehr Netto vom Brutto“) zu erfüllen und die Steuern zu senken, kann aber noch keine Rede sein. Im Gegenteil – selbst von namhaften Vertretern der CDU – ob etwa Saar-Ministerpräsident oder Bundestagspräsident – wird zwischenzeitlich sogar wieder gefordert, bei der Einkommensteuer den von Rot-Grün reduzierten Spitzensteuersatz anzuheben und eine weitere Mehrwertsteuer auf „Luxusgüter“ einzuführen.

Dazu kommt ein Wettbewerb einzelner Abgeordneter aus der Koalition, Bagatellsteuern anzuheben bzw. sogar neu einzuführen.

Gleichzeitig werden in den Kommunen kommunale Hebesätze der für die Familienunternehmen besonders belastenden Steuern (Gewerbsteuer) angehoben und Neubewertungen zu Lasten der Steuerpflichtigen verschärft.

Vom kommunalen Steuerfindungsrecht wird darüber hinaus in bisher nicht gekanntem Umfang Gebrauch gemacht, was die Gewerbefreiheit weiter einschränkt. Exemplarisch seien an dieser Stelle nur die Windradsteuer (in Neubrandenburg), die Bettensteuer (in Köln) oder die Sonnenbanksteuer (in Essen) genannt.

Im Frühsommer 2010 beim Tag des deutschen Familienunternehmens in Berlin bester Stimmung: Kanzlerin Dr. Angela Merkel mit Prof. Dr. Dr. h.c. Brun-Hagen Hennerkes (r.) und Alfons Schneider (l.) aus dem Vorstand der Stiftung.

2. Substanzsteuern:

Wenn auch die Erbschaftsteuer von der medialen Bildfläche weitgehend verschwunden ist: Es gilt dennoch – die Erbschaftsteuer ist für Familienunternehmen von höchster Relevanz. Auch wenn einige Belastungen beim Vererben durch die Koalition im Rahmen des sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ abgemildert worden sind, entzieht sie in vielen Fällen den Familienunternehmen die notwendige Substanz, welche diese zum Überleben dringend benötigen.

Richtigerweise hatten daher CDU/CSU und FDP im Koalitionsvertrag angekündigt: „Wir werden in Gespräche mit den Ländern eintreten, um zu prüfen, ob die Erbschaftsteuer hinsichtlich Steuersätzen und Freibeträgen regionalisiert werden kann.“

In einem Beschluss ihres Präsidiums vom 20. September 2009 hatte die CSU ihre Position zur Erbschaftsteuer besonders klar festgelegt: „Wir wollen eine Regionalisierung der Freibeträge und Steuersätze ermöglichen.“

Nicht weniger deutlich positionierte sich die FDP in ihrem Programm zur Bundestagswahl, das unter dem Leitmotiv stand: „Die Mitte stärken“. Dort wird – nach einer umfangreichen Kritik der derzeitigen Erhebungssystematik der Erbschaftsteuer – formuliert: „Die FDP will stattdessen die Erbschaftsteuer zu einer echten Ländersteuer machen. Die Länder können so viel besser auf regionale Unterschiede – beispielsweise bei den Immobilien – eingehen. Die Länder können selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe sie Erbschaftsteuer erheben.“

Leider hat bislang nicht einmal die von den Koalitionsparteien angekündigte Arbeitsgruppe der Bundesregierung mit den Ländern zur Reform der Erbschaftsteuer ihre Arbeit aufgenommen. Diesen Bruch von bindenden Wahlversprechen müssen nicht nur die betroffenen Steuerpflichtigen, sondern auch andere Wählerinnen und Wähler als Verhöhnung empfinden.

Während im Koalitionsvertrag als durchgängige Linie die Senkung der Steuern angekündigt und versprochen wurde, läuft es bei den Substanzsteuern auf eine Komplizierung bzw. sogar Erhöhung der Substanzsteuern hinaus – bundesweit und ohne erkennbaren Widerstand der Koalitionsparteien: Das gilt für die Erbschaftsteuer, für Agitationen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer und für die Grundsteuern.

3. Bürokratieabbau:

Bislang ausgeblieben ist auch der von den Koalitionsparteien versprochene Abbau der Überregulierung und einer vom Steuerzahler nicht mehr durchschaubaren bürokratischen

Kompliziertheit. Hierzu wurden im Koalitionsvertrag Hoffnungen geweckt mit dem Satz: „Alle Ressorts werden ... Bürokratielasten fortlaufend und eigenständig reduzieren und neue Belastungen vermeiden.“

Ausdrücklich wurde ein Katalog von Steuervereinfachungen festgelegt, um das Steuerrecht von unnötiger Bürokratie zu befreien. Auch diese Versprechungen wurden bislang nicht erfüllt. Wenn etwas geschah, war es primär durch die Rechtsprechung erzwungen. Oder es wurden, wie Ende des Jahres, einige Versprechungen in die Welt gesetzt, von denen, wenn überhaupt, vermutlich wenig bleiben wird.

Nicht einmal die Steuererklärungsvordrucke und Erläuterungen sind – wie im Koalitionsvertrag angekündigt – verständlicher und anwendungsfreundlicher geworden. Bei der neuen Abgeltungsteuer wurden sie sogar noch unverständlicher und schwieriger.

Auch der im Koalitionsvertrag ausdrücklich zugesagte steuerliche Abzug privater Steuerberatkungskosten wurde nicht wieder eingeführt.

Während diese Beispiele vor allem Private treffen, sind für die Unternehmen nach wie vor besonders die komplizierten Hinzurechnungsnormen bei der Gewerbesteuer und die von den Firmen nicht mehr administrierbaren Normen beim Umwandlungs- und Erbschaftsteuergesetz höchst problematisch – um nur einige Beispiele zu nennen.

4. Unternehmenssteuern:

Das krasse Gegenteil einer Steuersenkung ist es auch, dass im Unternehmensbereich durch die Unternehmenssteuerreform 2008 die Gewinnermittlungsvorschriften verschlechtert und in der aktuellen Legislaturperiode nur unwesentlich entschärft wurden.

Dies führt dazu, dass fiktive Gewinne – Gewinne also, die real nicht existieren – von den Finanzämtern zur Steuerbemessungsgrundlage hinzugezogen werden. Das gilt für die immer mehr eingeschränkte Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen, Leasingraten, Mieten, Pachten etc., die trotz einiger Verbesserungen im Rahmen des Bürgerentlastungs- bzw. Wachstumsbeschleunigungsgesetzes eine auch im internationalen Vergleich völlig unübliche Belastung deutscher Unternehmen darstellt.

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die vereinzelt Maßnahmen mit steuersenkender Tendenz durch Änderungen bei der Bemessungsgrundlage zu Lasten der steuerpflichtigen Unternehmen in ihr Gegenteil verkehrt werden. Offensichtlich ist die Tendenz, im Koalitionsvertrag überhaupt nicht angesprochene Steuerarten (z. B. Grundsteuer) zu erhöhen oder – auf Landes- oder kommunaler Ebene – neue Steuern zu erfinden.

Fazit:

Die Position der deutschen Familienunternehmen im internationalen Vergleich hat sich trotz aller Versprechungen nicht etwa verbessert, sondern nur verschlechtert. Aus dem neuesten „Länderindex Familienunternehmen“, erstellt vom Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), ergibt sich, dass Deutschland im internationalen Vergleich bei der Untersuchung relevanter Standortbedingungen von 18 untersuchten Ländern nur einen vergleichsweise schlechten 11. Platz erreicht. Bei dem Problembereich „Regulierung“ hat Deutschland sogar nur den vorletzten Platz erreicht. Und beim Subindex Steuern hat sich Deutschland seit 2008 vom 12. auf den 13. Platz verschlechtert.

In Sorge um einen wirklich nachhaltigen Aufschwung unseres Landes, der letztendlich auch die einzig realistische Möglichkeit zum Abbau der astronomischen Staatsverschuldung ist, appellieren wir an alle, die in unserem Land politische Verantwortung tragen, sich mit Nachdruck für die genannten und im Koalitionsvertrag zugesagten Maßnahmen zur Verbesserung der Standortbedingungen gerade für Familienunternehmen einzusetzen, Noch ist aufgeschoben nicht aufgehoben.

Szene vom Tag des deutschen Familienunternehmens im Frühsommer 2010 in Berlin. Zahlreiche politisch Prominente traten dort als Redner auf.



Was Zahlen sagen können ...

Ist deutsche Innenpolitik tatsächlich so langweilig, so gleichförmig wie viele meinen? Sie ist es nicht. Die Zahlenreihen auf diesen Seiten beweisen es. Ganz speziell bei der FDP und bei den Grünen. Bei der Bundestagswahl Ende September 2009 waren die Freien Demokraten noch auf 14,6 Prozent gekommen. Danach ging's abwärts – bisweilen bis auf 3 Punkte um den Jahreswechsel 2010/2011 herum.

Ganz anders sieht's bei den Grünen aus. Bei der Bundestagswahl Ende September 2009 waren sie auf 10,7 Prozent gekommen, heute liegen sie im Schnitt bei gut 20 Prozent (Bestwert 25 Prozent – Anfang Oktober 2010).

Die Zahlen vor Augen lässt sich die tiefe Depression besser verstehen, in der sich die FDP befindet – ungeachtet aller Versuche, sie zu überspielen. Aber auch die große Sorge der Unionsparteien, eine Mehrheit für eine künftige schwarz-gelbe Koalition sei vorerst wohl undenkbar, erhält ihr Gewicht. Lagen beide politischen Gruppierungen – zusammengerechnet! – in den letzten Monaten doch meist unter 40 Prozent – bisweilen sogar unter 35 Prozent.

Andererseits ist die Hochstimmung bei den Grünen gut zu verstehen. Haben Sie es doch geschafft, von 10,7 Prozent bei der letzten Bundestagswahl auf 20 und mehr Punkte zu kommen. Es gab sogar (im Herbst 2010) einzelne Wochen, in denen die Grünen in Folge stärker waren als die SPD.

Die Sozialdemokraten kamen eine ganze Zeit lang der angestrebten 30-Prozent-Marke zwar nah und näher – erreicht aber haben sie sie nie. Was sicher schmerzt. So ist es kein Wunder, wenn jene in der SPD stärker werden, die für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl auf Rot-Rot-Grün setzen.

Aus der Sicht der Grünen sieht es im Prinzip ähnlich aus – nur möchten sie in dieser Dreier-Gruppierung die Nase vorn haben. Und dann selbstverständlich den Kanzler (weiblich oder männlich) stellen – einen grünen Kanzler!

Freilich: Alle hier genannten Rechenbeispiele – und selbstverständlich auch die anderen, die denkbar sind – können nur aufgehen, wenn sich bis zum nächsten Wahltag an den generellen Wählerpräferenzen nichts ändert. Das mag so sein. Zumindest ebenso gut können sich die Kräfteverhältnisse in Teilen oder insgesamt aber auch ändern.

Und vermutlich jede Partei hofft, dass dies vor allem zu ihren Gunsten geschieht. So bleibt's bis zum Wahltag spannend. Wer zuletzt lacht – niemand kann es heute wissen...

Bruno Waltert



Die Parteipräferenzen im Bund

Auf und ab, ab und auf

		CDU/ CSU	FDP	SPD	Die Linke	Grüne	Sonst.
		Alle Angaben in Prozent					
Bundestagswahl*		33,8	14,6	23,0	11,9	10,7	6,0
Umfrage-Werte in Woche ...							
2010	1. (4.1.-8.1.)	35	10	22	11	14	8
	2. (11.1.-15.1.)	35	11	21	11	15	7
	3. (18.1.-22.1.)	36	9	21	11	16	7
	4. (25.1.-29.1.)	36	9	22	11	16	6
	5. (1.2.-5.2.)	34	8	22	11	17	8
	6. (8.2.-12.2.)	35	7	22	12	17	7
	7. (15.2.-19.2.)	35	8	22	12	16	7
	8. (22.2.-26.2.)	35	9	22	11	16	7
	9. (1.3.-5.3.)	33	8	23	12	16	8
	10. (8.3.-12.3.)	34	8	23	11	16	8
	11. (15.3.-19.3.)	32	8	25	12	15	8
	12. (22.3.-26.3.)	34	7	25	12	14	8
	13. (29.3.-2.4.)	34	7	24	12	15	8
	14. (5.4.-9.4.)	36	8	23	11	15	7
	15. (12.4.-16.4.)	36	8	24	10	15	7
	16. (19.4.-23.4.)	36	8	24	11	14	7
	17. (26.4.-30.4.)	34	8	25	10	16	7
	18. (3.5.-7.5.)	35	7	24	12	15	7
	19. (10.5.-14.5.)	32	6	27	11	16	8
	20. (17.5.-21.5.)	32	7	26	12	16	7
	21. (24.5.-28.5.)	30	7	26	13	16	8
	22. (31.5.-4.6.)	32	5	26	12	18	7
	23. (7.6.-11.6.)	31	6	26	11	18	8
	24. (14.6.-18.6.)	30	5	27	12	18	8
	25. (21.6.-25.6.)	32	4	27	11	18	8
	26. (28.6.-2.7.)	31	4	27	12	18	8
	27. (5.7.-9.7.)	31	4	28	11	18	8
	28. (12.7.-16.7.)	30	4	28	11	19	8
	29. (19.7.-23.7.)	29	5	28	11	19	8
	30. (26.7.-30.7.)	30	5	28	11	18	8

Das forsa-Institut ermittelte diese Werte durch **wöchentliche** Befragung von in der Regel **rund 2500** wahlwilligen Deutschen.



* Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 27. Sept. 2009 (Zweitstimmen)

Quelle: forsa

CDU/ FDP SPD Die Grüne Sonst.
CSU Linke

Alle Angaben in Prozent

Bundestagswahl* 33,8 14,6 23,0 11,9 10,7 6,0

Umfrage-Werte in Woche ...

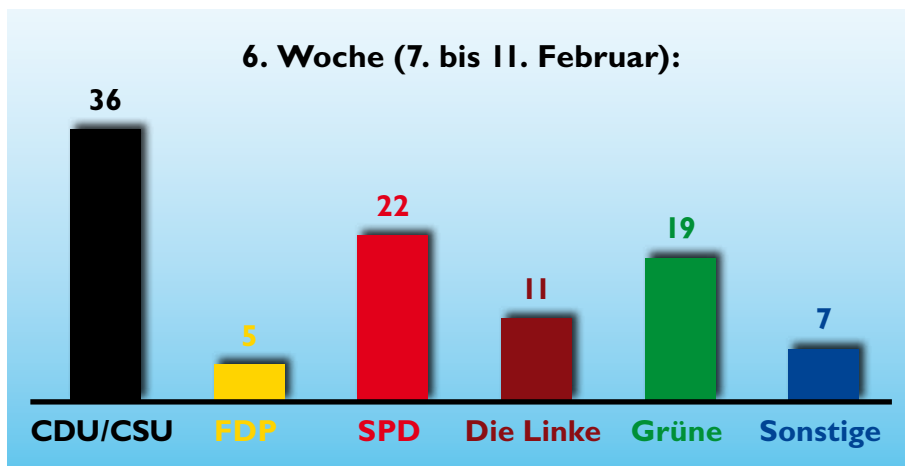


2010

Wahlwoche	CDU/CSU	FDP	SPD	Die Linke	Grüne	Sonstige
31. (2.8.-6.8.)	29	5	28	11	19	8
32. (9.8.-13.8.)	30	4	27	11	20	8
33. (16.8.-20.8.)	30	5	27	11	20	7
34. (23.8.-27.8.)	31	6	27	9	19	8
35. (30.8.-3.9.)	31	5	25	10	21	8
36. (6.9.-10.9.)	30	5	24	11	22	8
37. (13.9.-17.9.)	29	5	24	10	24	8
38. (20.9.-24.9.)	30	5	25	10	23	7
39. (27.9.-1.10.)	31	5	23	10	24	7
40. (4.10.-8.10.)	29	4	23	12	25	7
41. (11.10.-15.10.)	31	4	23	11	24	7
42. (18.10.-22.10.)	30	5	23	11	24	7
43. (25.10.-29.10.)	30	4	23	11	24	8
44. (1.11.-5.11.)	32	5	23	10	23	7
45. (8.11.-12.11.)	33	5	23	11	22	6
46. (15.11.-19.11.)	34	5	22	10	22	7
47. (22.11.-26.11.)	34	5	22	10	22	7
48. (29.11.-3.12.)	34	4	23	10	21	8
49. (6.12.-10.12.)	34	4	24	11	20	7
50. (13.12.-17.12.)	35	3	24	11	19	8

2011

1. (3.1.-7.1.)	35	3	25	9	21	7
2. (10.1.-14.1.)	36	4	24	9	20	7
3. (17.1.-21.1.)	37	4	23	9	20	7
4. (24.1.-28.1.)	36	5	22	9	21	7
5. (31.1.-4.2.)	36	5	22	10	20	7



Die aktuellsten Zahlen ...

* Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 27. Sept. 2009 (Zweitstimmen)

Quelle: forsa



Berlins „Regierender“
Klaus Wowereit
von der SPD.
Er will sein Amt
wiedererobern.

Berlin-Wahl im September 2011: Künast contra Wowereit

Zur Zeit hat die SPD die Nase vorn

Von JOACHIM RIECKER

„Ich bin bereit, ich kandidiere für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin von Berlin.“ Der Jubel war groß im überfüllten Museum für Kommunikation an der Leipziger Straße in Berlin, als die Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, Renate Künast (55), am 5. November vergangenen Jahres diese lang erwarteten Worte sprach. Schon seit Monaten war darüber spekuliert worden, dass die ehemalige Agrar- und Verbraucherschutzministerin den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) bei der Abgeordnetenhauswahl am 17. September aus dem Amt drängen will.

Die Voraussetzungen dafür waren denkbar gut, denn seit dem Sommer 2010 lagen die Grünen in den Meinungsumfragen deutlich vor der SPD. Künast, die aus dem Ruhrgebiet stammt, aber bereits seit 1979 in Berlin lebt und lange in der Landespolitik aktiv war, erreichte in Umfragen die gleichen Popularitätswerte wie der Amtsinhaber.

Doch kurz nach Verkündung ihrer Spitzenkandidatur unterliefen Künast gleich drei Fehler, die mit dazu beitrugen, dass die Umfragewerte der Berliner Grünen wieder deutlich zurückgegangen sind. In Interviews hatte sie den Eindruck erweckt, sie wolle auf lange Sicht das Gymnasium abschaffen, flächendeckend Tempo 30 einführen und die Planung für den fast fertig gestellten Großflughafen Schönefeld wieder in Frage stellen. Für Künast waren diese Irritationen umso ärgerlicher, als sie sich fest vorgenommen hatte, der SPD und Wowereit so wenig Angriffsfläche wie möglich zu bieten.

Doch mittlerweile liegt die SPD mit 29 Prozent wieder vor den Grünen mit 25 Prozent. Die CDU kommt auf 20, die Linke auf 17 Prozent und die FDP dürfte mit vier Prozent nicht mehr ins Landesparlament zurückkehren. Auch im direkten Vergleich hat Wowereit seine Herausfordererin jetzt klar hinter sich gelassen. Er kommt auf 54 Prozent Zustimmung, Künast nur auf 28 Prozent. Wie nah in Berlin die Parteien beieinander liegen können, zeigte sich allerdings bei der letzten Bundestagswahl im September 2009, als CDU, SPD, Linke und Grüne allesamt um die 20 Prozent erreichten. Hätte man auf der Grundlage dieses Ergebnisses eine Regierung bilden müssen, wären nur Dreier-Bündnisse in Frage gekommen.

Wichtigster politischer Berater Künasts ist der gegenwärtige Sprecher der Stasi-Unterlagen-Behörde, Andreas Schulze (48), der schon seit vielen Jahren eng mit der jetzigen Spitzenkandidatin zusammenarbeitet. Schulze erarbeitet das Wahlprogramm der Partei und wird voraussichtlich Künasts Sprecher während der heißen Phase des Wahlkampfes.

Sein größter Coup gelang ihm im vergangenen Frühjahr, als er die Idee hatte, Joachim Gauck als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten aufzustellen. Wenige Stunden, nachdem Horst Köhler am 31. Mai überraschend seinen Rücktritt erklärt hatte, schickte er Künast eine SMS, in der er ihr vorschlug, seinen früheren Chef in der Stasi-Unterlagen-Behörde für das höchste Staatsamt zu nominieren. Künast, die gerade in China war, reagierte positiv und so wurde Gauck zum gemeinsamen Kandidaten von SPD und Grünen.

Trotz ihrer Anfangsfehler als Spitzenkandidatin in Berlin halten Künast und ihr Berater Schulze an der Strategie fest, möglichst wenig kontroverse Inhalte zu präsentieren. Den Wählern soll vor allem das Gefühl vermittelt werden, dass nach zehn Jahren rot-roter Regierung mit Künast ein neuer Aufbruch gelingen kann.

Wowereit wirft den Grünen vor, nur die Interessen ihrer meist wohlhabenden Anhänger zu bedienen. Die Partei habe ein „gut gebildetes, meist mit Doppelseinkommen versehenes Klientel, das sich bestimmte Dinge leisten kann und will“, so der Senatschef. Die SPD werde klar machen, dass sie vor allem die Menschen mit geringem Einkommen im Blick habe. Wowereit verweist auch darauf, dass die SPD als einzige Partei im Ost- und Westteil der Stadt nahezu gleich stark ist.



Renate Künast präsentiert Anfang Februar das Grüne Wahlprogramm.



CDU-Chef Frank Henkel.
Als „Regierender“
wohl ohne Chance.

Die Berliner CDU hat ihren Vorsitzenden Frank Henkel als Spitzenkandidaten nominiert. Er ist in der Stadt noch weitgehend unbekannt und tut sich schwer, neben dem Duell Wowereit gegen Künast noch Aufmerksamkeit zu finden. Der bieder wirkende Henkel, der morgens Lieder von Howard Carpendale unter der Dusche singt, will vor allem Sachthemen wie eine bessere Ausländerintegration oder die Probleme bei der S-Bahn in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes stellen. Die Linkspartei plant, erneut den langjährigen Wirtschaftssenator Harald Wolf als Spitzenkandidaten aufzustellen. Das ist insofern erstaunlich, als Wolf die damalige PDS bereits 2006 in den Wahlkampf führte und die Partei dann gegenüber 2001 fast zehn Prozent verlor.



**Im heutigen
rot-roten Senat
relativ erfolgreicher
Wirtschaftssenator:
Harald Wolf (Linke).**

Nach den aktuellen Umfragen ist es eher zweifelhaft, dass Rot-Rot noch mal eine Mehrheit erhält. Am wahrscheinlichsten ist aus heutiger Sicht ein rot-grünes Bündnis mit der SPD als stärkster Partei. Künast, die ihr Amt als Fraktionschefin im Bundestag nicht aufgibt, lässt keinen Zweifel daran, dass sie nach einem solchen Wahlausgang wieder ganz in die Bundespolitik zurückkehren würde. Denn als Senatorin unter Wowereit zu arbeiten, ist für die ehemalige Bundesministerin keine verlockende Perspektive.

Wiederauferstehung der Antike als Puzzle

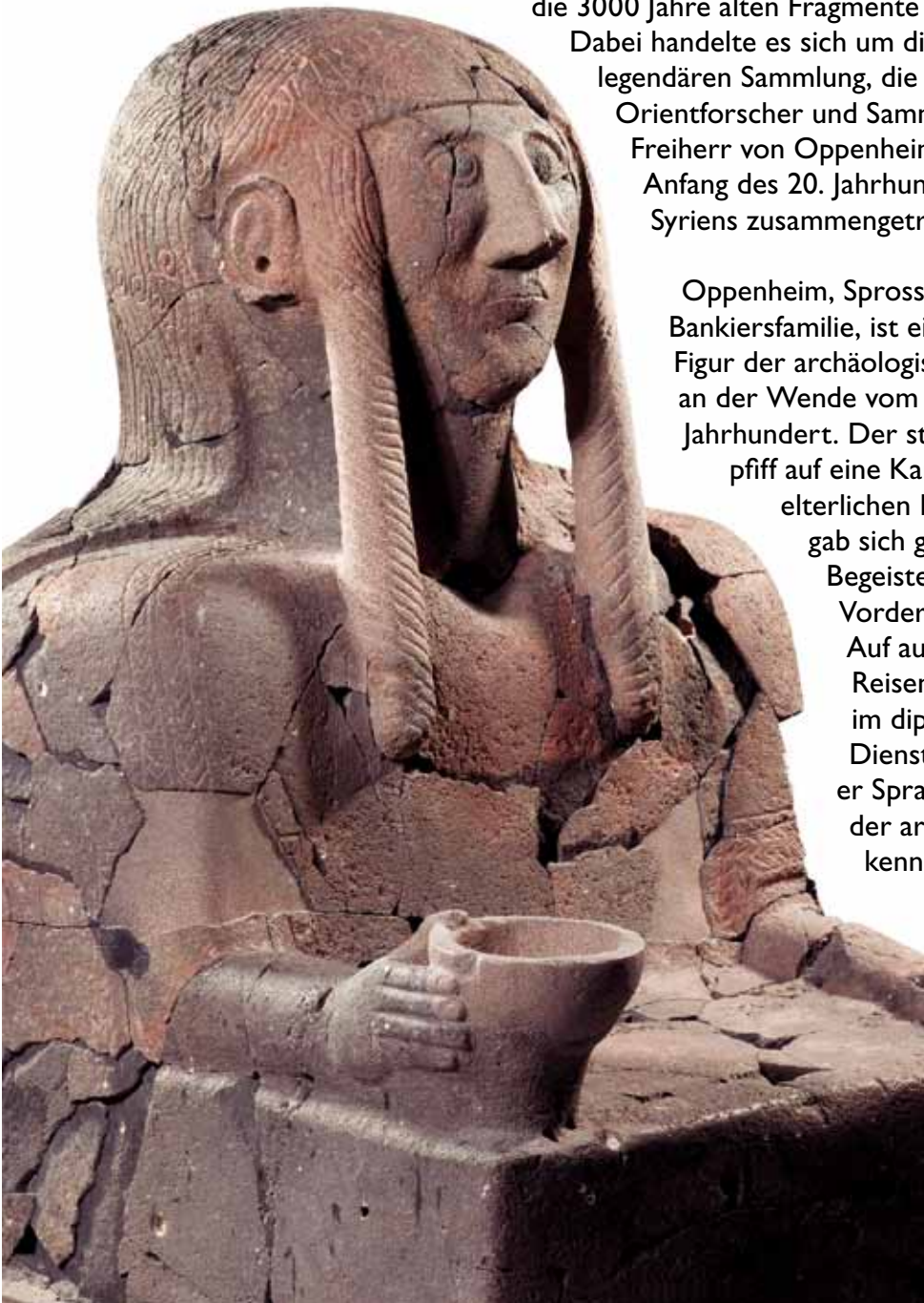
**Berlin zeigt „Die Geretteten Götter
aus dem Palast von Tell Halaf“ – das Ergebnis
einer neunjährigen Rekonstruktionsarbeit**

Von KLAUS GRIMBERG

27 000 Bruchstücke aus Basaltgestein! Ein gigantisches antikes Puzzle lagerte jahrzehntelang in einem Keller des Berliner Pergamonmuseums. Anfang der 1990er Jahre wurden die 3000 Jahre alten Fragmente wiederentdeckt. Dabei handelte es sich um die Überreste der legendären Sammlung, die der Abenteurer, Orientforscher und Sammler Max Freiherr von Oppenheim (1860-1946) Anfang des 20. Jahrhunderts im Norden Syriens zusammengetragen hatte.

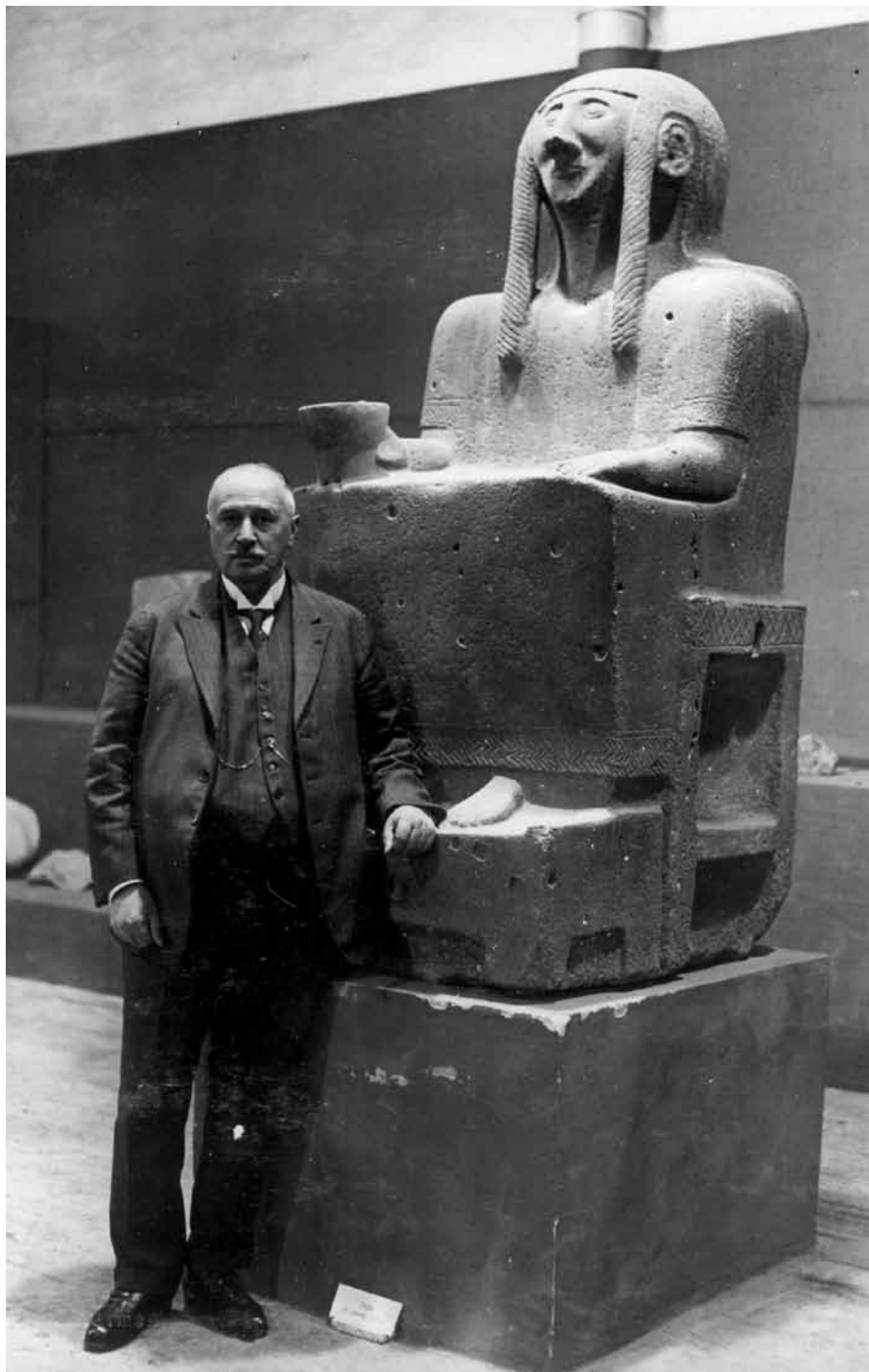
Oppenheim, Spross der Kölner Bankiersfamilie, ist eine schillernde Figur der archäologischen Forschung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Der studierte Jurist pfiff auf eine Karriere im elterlichen Bankhaus und gab sich ganz seiner Begeisterung für den Vorderen Orient hin. Auf ausgedehnten Reisen und zeitweilig im diplomatischen Dienst in Kairo lernte er Sprache und Kultur der arabischen Welt kennen und lieben.

Die „Thronende Göttin“ vom Tell Halaf. Max von Oppenheim nannte sie so. Rund 3000 Jahre nach ihrer Entstehung ist die Wiederauferstandene ein Prunkstück der Berliner Tell-Halaf-Ausstellung von 2011.



Bereits 1899 entdeckte er den Siedlungshügel Tell Halaf in Syrien, für den er sich die Grabungsrechte sicherte. Nach Ende seiner diplomatischen Tätigkeit konnte er zwischen 1911-1913 in einer aufwändigen Expedition einen alten Fürstensitz mit spektakulären Palästen, Gräbern und Grüften freilegen. Es sollte bis 1927 dauern, bis ein Großteil der Funde nach Berlin kam.

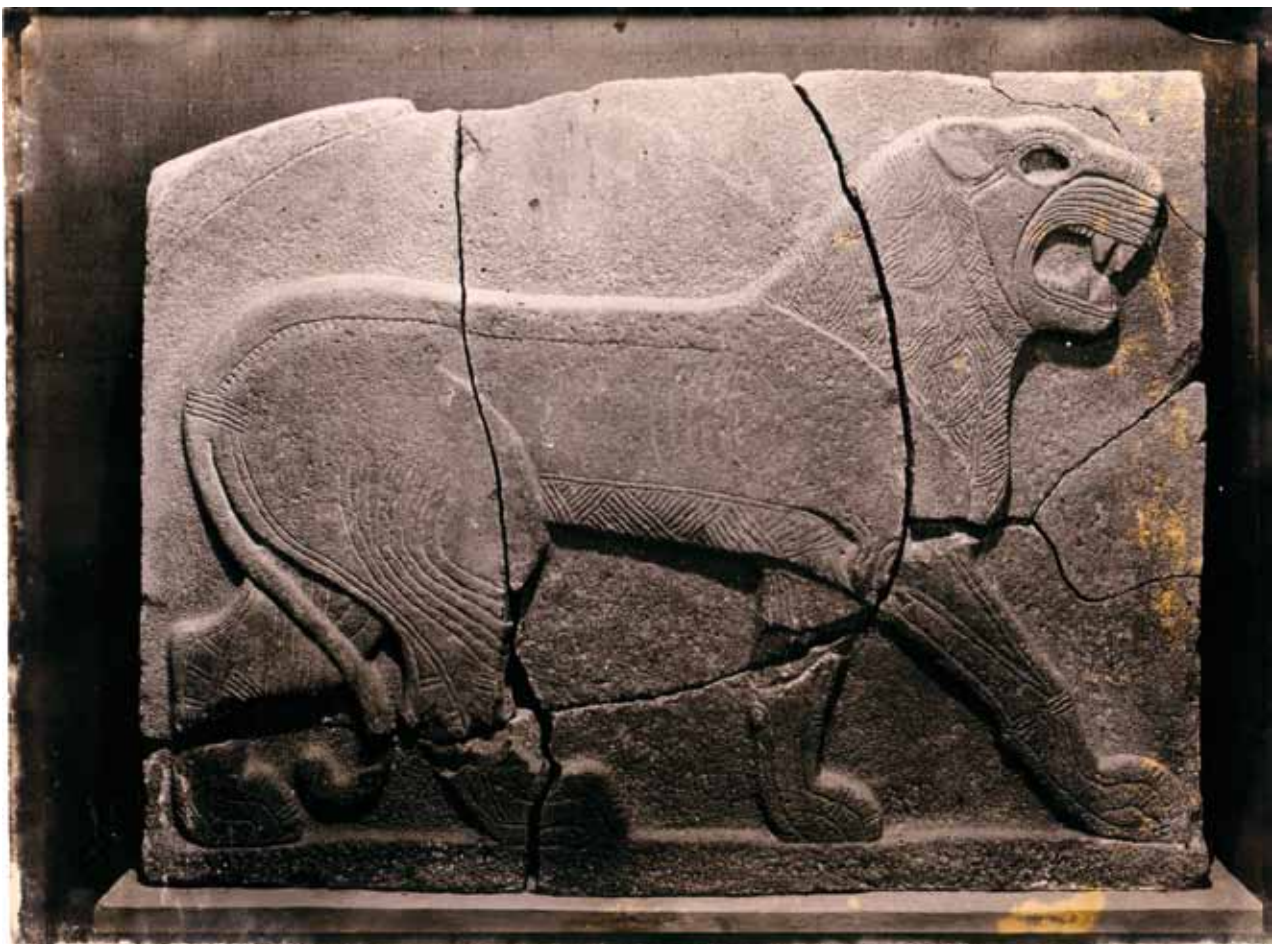
Verhandlungen mit den Staatlichen Museen, die Schätze in deren Sammlung zu überführen, scheiterten an finanziellen Fragen. So eröffnete Oppenheim im Sommer 1930 kurzerhand sein eigenes Museum in Charlottenburg. In der Halle einer ehemaligen Gießerei inszenierte Oppenheim seine imposanten Schätze als eine didaktische Reise in die Welt des Orients.



Die Göttliche und ihr Entdecker: Im Juli 1930 posiert Max von Oppenheim bei der Eröffnung der ersten Berliner Tell-Halaf-Ausstellung neben seiner noch völlig intakten „Thronenden Göttin“.



Die Reliefplatte mit der Figur eines Löwen zeigt am deutlichsten, wie schwer die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges den Schätzen vom Tell Halaf zugesetzt haben. Oben die aus neunhundert Originalbruchstücken zusammengesetzte Rekonstruktion von 2011, unten eine Aufnahme des Originals von 1930, als es aus wenigen Teilen bestand und die ganze Schönheit des Löwen erkennen ließ.



Die Schicksalsnacht für die Kostbarkeiten von Tell Halaf kam am 23. November 1943. Eine Brandbombe traf das Museum, in den Flammen verbrannten sämtliche Exponate aus Kalkstein, Holz oder Gips. Die teils monumentalen Bildwerke aus Basalt überstanden das Feuer. Als bei den Löscharbeiten aber kaltes Wasser auf das noch glühende Gestein traf, zerbarsten die Skulpturen und Reliefs in viele tausend Teile. Glück im Unglück: Noch während des Krieges ließ Oppenheim die antiken Trümmer aus der Museumsruine bergen und im Keller des Pergamonmuseums einlagern.

Damit zurück zu ihrer Wiederentdeckung Anfang der 1990er Jahre. Entgegen früherer Einschätzungen, nach denen die Steinbilder unrettbar verloren seien, kamen Archäologen und Restauratoren bei der erneuten Sichtung darin überein, das Unmögliche zu wagen: Die Skulpturen und Reliefs aus den Fragmenten wieder herzustellen. Durch das Engagement des Bankhauses Sal. Oppenheim und weiterer Förderer konnten 2001 die ersten Teile des gigantischen Puzzles wieder zusammengefügt werden. Neun weitere Jahre sollte diese aufregende Arbeit dauern.

Das Ergebnis ist nun in der packenden Ausstellung „Die Geretteten Götter aus dem Palast von Tell Halaf“ zu bewundern. Im Zentrum stehen monumentale Säulen in Göttergestalt, Fabelwesen, Tierfiguren und Reliefplatten, die aus den vielen Bruchstücken wieder zusammengesetzt wurden. Ebenso beeindruckend wie die anmutige Schönheit der Stücke ist die Leistung der Wissenschaftler und Restauratoren, die mit bewundernswerter Geduld und Ausdauer die Originale zu neuem Leben erweckt haben.

Die großartige Schau ist darüber hinaus eine Hommage an Max von Oppenheim und dessen unbändigen Forschergeist. Der dramaturgisch sehr geschickt gestaltete Rundgang rückt zunächst die Offenheit und Neugierde des Forschers in den Mittelpunkt, der seit seinen ersten Reisen von der Lebensweise und Kultur der beduinischen Wüstenvölker fasziniert war. Auf zahlreichen Fotos begegnet dem Betrachter ein Mann, der zu den Menschen vor Ort offenbar eine große Nähe herstellte.

Genauso einprägsam sind die vielfältigen Dokumente, die das private Tell Halaf Museum aus den 30er Jahren vor Augen führen. Über eine audiovisuelle Installation zur tragischen Zerstörung und einen Blick in die Restaurationswerkstatt gelangt der Besucher schließlich in die Halle mit den rekonstruierten Objekten.

In weiteren Räumen werden Details der Grabungen vor Ort geschildert, die Bedeutung der Fundstücke etwa als Kultgegenstände oder Grabbeigaben erläutert. Besonderes Augenmerk gilt dabei der „Thronenden Göttin“, eine monolithische Skulptur, in die Oppenheim nach eigenem Bekunden regelrecht verliebt war. Wir haben sie deshalb an den Anfang dieses Berichts gestellt.

„Die Geretteten Götter aus dem Palast von Tell Halaf“.
Vorderasiatisches Museum
im Pergamonmuseum,
Am Kupfergraben 5, 10117 Berlin.
Bis 14. August 2011 täglich
10-18 Uhr, Do bis 22 Uhr;
Eintritt 12 Euro, ermäßigt 6 Euro,
Katalog 39,95 Euro.
www.gerettete-goetter.de

3-D auf der Berlinale – und die Kanzlerin mit dabei

Für den 10. bis 20. Februar stand in Berlin in diesem Jahr die 61. Berlinale im Kalender. Einem Trend der Zeit folgend wurden dabei auch vier Filme in 3-D-Technik präsentiert. Einen davon, Titel „Pina“, von Wim Wenders inszeniert, sah sich auch Kanzlerin Angela Merkel an – die unerlässliche 3-D-Brille vor Augen.



„Pina“ ist eine Hommage auf die Choreografin Pina Bausch und ihr Tanztheater in Wuppertal. Bei der Konzipierung des Films wirkte sie noch selbst mit. Doch dann verstarb sie plötzlich. Die Wenders-Inszenierung, die auf der Berlinale außer Konkurrenz lief, fand nachhaltige Zustimmung – auch bei der bebrillten Kanzlerin.

Fluglärm – das große Angst-Thema im Süden von Berlin und im Umland

Nur: Den lautlosen Flugverkehr gibt es leider nicht

Von BRUNO WALTERT

Am 30. Oktober 2011 sollte, so hatte es zuletzt geheißen, Berlins neuer Flughafen BBI (Berlin Brandenburg International) in Betrieb gehen. Doch dieses Datum gilt jetzt nicht mehr. Jetzt soll's erst sieben Monate später losgehen, konkret am 3. Juni 2012.

Dahinter stehen, so heißt es, Fertigstellungs-Probleme. Viele allerdings nennen als Ursache für die Terminverschiebung auch politische Gründe. Denn im südlichen Teil des Großraums Berlin ist heftiger Streit um den Verlauf der künftigen Abflug-Korridore entstanden. Das Thema Fluglärm ist dort zum Diskussionsstoff Nummer 1 und zum gewichtigen Politikum geworden.

Man will, so glauben viele, das leidige Thema Flugrouten-Festlegung durch die Verschiebung der Fertigstellung auf Juni 2012 vom Termin der Berlin-Wahl im September 2011 „wegrücken“, um unliebsame politische Folgen zu vermeiden. Der genaue Verlauf der Flugrouten soll jedenfalls (weil irgendwer mit Einfluss ängstlich ist?) erst kurz vor Flughafen-Inbetriebnahme bekanntgegeben werden.



Der Tower des BBI ist äußerlich fertiggestellt. Jetzt geht's ans komplizierte „Innenleben“.

Weshalb aber kann der Verlauf von Abflug-Routen überhaupt zum Politikum werden? Da gibt es in Berlin spezielle Gründe. Sie haben folgenden Hintergrund:

Als nach dem Fall der Mauer die Diskussion um den Standort für einen neuen Flughafen ihren Anfang nahm, gab es zwei Positionen: CDU (und FDP, soweit damals in Berlin und Brandenburg politisch wahrnehmbar) setzten sich für Schönefeld ein – in Brandenburg gelegen, unmittelbar an der südlichen Berliner Stadtgrenze. Und ringsum umgeben von dichtbesiedeltem Gebiet. Es gab aus der Union auch Gegenstimmen; sie hatten aber kein entscheidendes Gewicht.

Die anderen politischen Gruppierungen votierten überwiegend für Sperenberg, 40 Kilometer südlich der südlichen Berliner Stadtgrenze gelegen. Sperenberg war von der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte zu einem äußerst leistungsfähigen Flughafen ausgebaut worden, auf dem selbst schwerstes Fluggerät schwerbeladen starten und landen konnte. Manches von den Sowjet-Anlagen hätte übernommen werden können. Man hätte so auch spürbar Geld gespart.

Schnappschuss von einer der vielen Demonstrationen im Süden Berlins.





Sperenberg wäre die Alternative zu Schönefeld gewesen.

Vor allem aber: Sperenberg liegt in einem sehr dünn besiedelten Gebiet. Nacht-Flugverkehr zur Frachtabwicklung, für den wirtschaftlichen Betrieb von BBI besonders wichtig, wäre dort problemlos möglich gewesen.

Mit einer Schnellbahn, die hätte gebaut werden müssen, wäre das Zentrum Berlins von Sperenberg aus in 20 bis maximal 25 Minuten zu erreichen gewesen. Schneller als künftig der Flughafen Schönefeld.

Aber die Entscheidung fiel „aus politischen Gründen“ zu Gunsten des von dichtbesiedeltem Gebiet rings umgebenen Schönefeld. Denn die SPD schwenkte um: Viele SPD-Politiker aus dem Ballungsgebiet Berlin und Umgebung ließen sich von dem Argument blenden, es entstünden viele neue Arbeitsplätze. Obwohl dem entgegengehalten wurde, dass andererseits bei Inbetriebnahme des neuen Flughafens drei bisherige Flughäfen geschlossen sein würden (Tempelhof, Tegel und Schönefeld alt). Das Arbeitsplatz-Argument spielt übrigens bisweilen heute noch eine Rolle in der kontroversen Diskussion.

Nachdem man sich schließlich mit deutlicher Mehrheit fürs stadtnahe Schönefeld entschieden hatte, begannen – nach zahlreichen Wirren – im Jahr 2006 die Bauarbeiten für BBI. Bauherren sind, da es anders nicht zu machen war, der Bund und die Länder Berlin und Brandenburg zu je einem Drittel.

Je näher der ursprüngliche Fertigstellungstermin rückte, desto mehr trat im Berliner Süden und seinem Umland plötzlich die Erkenntnis in den Vordergrund, dass Flugzeuge vor allem in der Start- und Landephase außer Luftverschmutzung auch kräftig Lärm produzieren. Den aber wollte plötzlich niemand in seinem bislang weitgehend fluglärmfreien Wohnbezirk haben.

Den Politikern wurde vorgeworfen, sie hätten das Problem Fluglärm öffentlich thematisieren müssen. Das trifft zwar in den meisten Fällen zu, ist aber auch absurd. Denn eigentlich gehört es zum Allgemeinwissen, dass beim heutigen Stand der Technik startende und landende Flugzeuge zwar leiser sind als ehemals, aber immer noch laut genug. Und das heiß diskutierte Thema „abknickende Starts bei gleichzeitigem Doppelstart“ scheint eher zum Bereich theoretische Probleme zu gehören.

Gleichwohl: Bürgerinitiativen gegen Fluglärm wurden gegründet, unzählige Protestdemonstrationen veranstaltet, oft mit Tausenden von Teilnehmern. Man droht mit Klagen oder hat sie bereits vorbereitet. Nicht selten herrscht bei den Veranstaltungsteilnehmern eine Stimmung wie bei „Stuttgart 21“. Und viele Protestierer sind entschlossen, BBI mit Klagen geradezu zu überschütten.

Anders als bei „Stuttgart 21“ sind die Chancen ihrer geplanten oder bereits initiierten Klagen aber nicht durchgängig schlecht: In Sachen Nachtflug wollen die Verantwortlichen von BBI aus wirtschaftlichen Gründen bis an die Grenzen gehen. Was aber, wenn Gerichte diese Grenzen – wie anderswo schon initiiert – enger ziehen als es BBI lieb und recht sein kann? Schnell können da sogar rote Zahlen drohen ...

In Berlin gibt es bereits Politiker, die hinter vorgehaltener Hand die Frage stellen, ob man nicht doch noch auf Sperenberg „umschalten“ solle. In der Sache mag das sogar richtig sein. Nur: Wer sollte bereit sein, dafür Geld aufzuwenden, nachdem in Schönefeld bereits viele Millionen verbuddelt sind?



Ministerpräsident
Matthias Platzeck (SPD).

Brandenburger SPD gingen drei von fünf Ministern verloren

Darunter auch Platzeck-Freund Rainer Speer

Von JOACHIM RIECKER

Sie nehmen keine Ende, die Affären im rot-rot regierten Bundesland Brandenburg. Es begann mit einer ganzen Serie von Stasi-Enthüllungen im Herbst 2009, setzte sich fort mit dem spektakulären Sturz von Innenminister Rainer Speer (SPD) wegen verweigerter Unterhaltszahlungen für ein uneheliches Kind und fand nun den vorläufigen Abschluss mit dem Rücktritt von Bildungsminister Holger Rupprecht (SPD) wegen einer Dienstwagenaffäre.

Er musste Ende Januar sein Amt aufgeben, weil er in den Winterferien mit einem allradgetriebenen BMW 740dX gratis in den Skiurlaub nach Österreich gefahren war. Zur Begründung führte er an, er habe das Auto als Dienstwagen anschaffen und es vorher auf seine „Wintertauglichkeit“ testen wollen. Weil im Februar vergangenen Jahres auch die Infrastrukturministerin aus gesundheitlichen Gründen zurücktrat, hat die SPD seit der Regierungsbildung im November 2009 bereits drei ihrer fünf Minister verloren.

Bereits die Bildung der rot-roten Regierung stand unter keinem guten Stern, denn innerhalb kurzer Zeit wurden sechs



**Ex-Minister
Holger Rupprecht.**

Abgeordnete der Linkspartei als ehemalige Stasi-Mitarbeiter enttarnt. Die Vize-Präsidentin des Landtags musste zurücktreten und ein Abgeordneter wurde aus der Fraktion ausgeschlossen. Nun rächte sich, dass es in Brandenburg als einzigem ostdeutschen Bundesland nie einen Stasi-Beauftragten und auch keine systematische Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit gegeben hatte. Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) heizte die Stimmung noch an, indem er in einem Zeitschriftenaufsatz einen unglücklichen Vergleich zog zwischen seiner Koalition mit der Linken und der Integration von ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft.

Während der rot-roten Koalitionsverhandlungen wurde dem damaligen Finanzminister Speer aus seinem Dienstwagen der Laptop gestohlen, was einige Monate später für eine neue Affäre sorgte, die zahlreiche Versatzstücke für einen Polit-Thriller enthielt: Es



**Ex-Minister
Rainer Speer.**

ging um Sex und Macht, ein dubioses Grundstücksgeschäft und alte Stasi-Seilschaften sowie ein uneheliches Kind, für das der Minister keinen Unterhalt zahlte.

Der gestohlene Laptop gelangte offenbar zunächst in den Besitz einer Rockerclique mit Verbindungen zu den Hells Angels. Im August 2010 wurden den Medien zahlreiche E-Mails zugespielt, die Speer auf dem Gerät gespeichert hatte. Aus ihnen ging hervor, dass er Mitte der neunziger Jahre als Staatssekretär des damaligen Umweltministers Platzeck mit einer Mitarbeiterin des Ministeriums ein uneheliches Kind gezeugt hatte, für das er keinen Unterhalt zahlte. Stattdessen erhielt die Mutter sechs Jahre lang einen Unterhaltsvorschuss vom Staat.

Zur gleichen Zeit musste sich Speer, der mittlerweile Innenminister geworden war, bereits gegen den Vorwurf verteidigen, als Finanzminister ein ehemaliges Militärgelände der Sowjetarmee weit unter Wert an einen Bekannten aus seinem Potsdamer Fussballklub verkauft zu haben. Der Käufer und andere Beteiligte waren ehemalige Stasi-Mitarbeiter.

Speer trat schließlich Ende September zurück. Platzeck hielt aber weiter unverbrüchlich zu seinem langjährigen Vertrauten, der seit Mitte der neunziger Jahre sein wichtigster politischer Vertrauter und auch ein enger privater Freund war. Speer, der sich bei seinen öffentlichen Auftritten in der Rolle eines unangepassten Raubeins gefiel, gab Ende November in einem Interview endlich öffentlich zu, Vater des unehelichen Kindes zu sein. Statt regulären Unterhalt zu zahlen, habe er der Mutter gelegentlich etwas Geld zukommen lassen, oft in einem Umschlag, den er in ihren Briefkasten steckte. Nun entschloss sich auch Platzeck, von Speer abzurücken und brachte ihn sogar dazu, sein Landtagsmandat aufzugeben.

Besonders pikant an der Affäre ist, dass die Mutter von Speers unehelicher Tochter im November 2002 auf Antrag ihres früheren Liebhabers als Mitarbeiterin der Staatskanzlei verbeamtet wurde und damit auf Dauer finanziell abgesichert war. Platzeck gibt an, von den privaten Verstrickungen Speers erst erfahren zu haben, als im August 2010 die ersten E-Mails von dem verschwundenen Laptop auftauchten.

Darunter war aber auch eine Mail von Speers ehemaliger Geliebter, die sie am Tag nach ihrer Verbeamtung an Speer geschrieben hatte: „Sogar MP hat mich angerufen, wobei ich da den Eindruck hatte, ich muss mich entschuldigen für meine Verbeamtung.“ Auf die Mail angesprochen, sagte Platzeck er könne sich nicht mehr erinnern, ob dieses Telefongespräch stattfand und warum seine Gratulation möglicherweise wenig herzlich ausfiel.



Auf Wiedersehen Berlin, und tschüss Wald!

Enthüllung des Waldverlust-Tickers am 2. Februar 2011 durch Johannes Zahnen, Papierexperte des WWF (links), und Philipp Goeltenboth, Leiter des WWF-Waldprogramms.

Eine übermannsgroße Digitaluhr ist das Letzte, was Sie sehen, bevor Sie vom Hauptbahnhof aus Berlin abfahren. Sie steht am Eingang Washington Platz. Die Uhr zeigt in großen Digitalzahlen an, wie schnell die weltweite Vernichtung von Wald zur Gewinnung landwirtschaftlicher Nutzflächen und zur Versorgung der Papierindustrie seit dem 1. Januar 2011 voranschreitet.

Die Digitaluhr heißt Waldverlust-Ticker, stammt vom WWF, dem World Wide Fund For Nature, der sich für Natur- und Umweltschutzprojekte einsetzt, und wurde im Rahmen der UNO-Kampagne Internationales Jahr der Wälder im Hauptbahnhof enthüllt: 1 158 832 Hektar Waldfläche sind schon vernichtet. „Innerhalb der nächsten 60 Stunden verlieren wir Wald von der Größe Berlins“, sagt das Schild – und Berlin hat 89 185 Hektar Fläche ...

„Wald schützen ist einfach“, sagt WWF-Experte Johannes Zahnen. „Wir könnten bundesweit jedes Jahr sechs Milliarden Pappbecher sparen, wenn wir unseren Kaffee unterwegs aus einer Tasse trinken würden. Das sind rund eine halben Million Bäume, die nicht gefällt werden müssten.“ An der Verringerung dieses unnötigen Papierverbrauchs könne jeder Einzelne mitwirken, bekräftigt Zahnen.

Der Waldverlust-Ticker steht noch bis 28. Februar 2011 im Hauptbahnhof und wird dann in den Folgemonaten an anderen Bahnhöfen in Deutschland aufgestellt.

MS